

Arbeits- völkerrecht

Herausgegeben von
Monika Schlachter,
Johannes Heuschmid
und Daniel Ulber



MOHR SIEBECK

Arbeitsvölkerrecht

Herausgegeben von
Monika Schlachter, Johannes Heuschmid
und Daniel Ulber

Mohr Siebeck

Mitwirkende

Susanne Baer ist Richterin im Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und Professorin für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien an der Humboldt Universität zu Berlin.

François Biltgen ist Richter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg.

Gabriele Buchholtz ist Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Verwaltungswissenschaft und Rechtsvergleichung von Prof. Dr. Hermann Pünder an der Bucerius Law School in Hamburg.

Wolfgang Däubler ist em. Professor für Deutsches und Europäisches Arbeitsrecht, Bürgerliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen.

Johannes Heuschmid ist Rechtsanwalt bei dka Rechtsanwälte in Berlin, Lehrbeauftragter Europa-Universität Viadrina.

Robert Rächle ist Referatsleiter im Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin.

Monika Schlachter ist Inhaberin des Lehrstuhls für Internationales und Europäisches Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht an der Universität Trier, Direktorin des IAEEU.

Benedikt Schmidt ist Richter am Arbeitsgericht Berlin.

Jürgen Treber ist Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht in Erfurt und Honorarprofessor an der Universität Trier.

Daniel Ulber ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Unternehmensrecht und Arbeitsrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Reingard Zimmer ist Inhaberin des Lehrstuhls für Deutsches, europäisches und internationales Arbeitsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

ISBN 978-3-16-154852-9 / eISBN 978-3-16-156186-3

DOI 10.1628/978-3-16-156186-3

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Eine umfassende systematische Darstellung des Arbeitsvölkerrechts fehlt bislang in der deutschsprachigen Literatur. Diese Lücke soll das vorliegende Werk schließen, indem es in besonderer Weise den praktischen Nutzen für den Rechtsanwender in den Blick nimmt. Dabei gelingt es, Wissenschaft und Praxis konzeptionell zusammenzubringen, vor allem auch durch die Auswahl der beteiligten Autorinnen und Autoren, die allesamt ausgewiesene Expertinnen und Experten auf ihren Gebieten sind. Für ihre Mitarbeit und auch ihre Geduld im Verlaufe des Herstellungsprozesses sind die Herausgeber sehr dankbar.

Darüber hinaus möchten wir weiteren Personen danken, ohne deren Mitwirkung das Projekt nicht zustande gekommen wäre. Herrn Franz-Peter Gillig danken wir dafür, dass er das Projekt von Anfang an wohlwollend begleitet hat. Frau Daniela Taudt und Ilse König haben das Werk in ungewöhnlich sorgfältiger und engagierter Weise bis zum Druck begleitet. Wir danken auch den Mitarbeitern an den Lehrstühlen für ihre Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung des Werks. Am Lehrstuhl in Trier danken wir Dr. Thomas Klein und Joshua Kern. Am Lehrstuhl in Halle sind wir Lisa Behr, Malin Frank, Raquel Herrmann, Kyra Klocke, Alexander Koch und Hendrik Wolters für die redaktionelle Bearbeitung der Beiträge dankbar.

Das Werk befindet sich auf dem Stand von Mai 2018, spätere Entscheidungen und Beiträge konnten nur vereinzelt berücksichtigt werden.

Trier, Berlin, Halle an der Saale, im Oktober 2018

Die Herausgeber.

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einleitung (Johannes Heuschmid/Monika Schlachter/Daniel Ulber)	1
§ 2	Die Entwicklung des Arbeitsvölkerrechts (Wolfgang Däubler)	5
§ 3	Erscheinungsformen arbeitsvölkerrechtlicher Normen (Wolfgang Däubler)	21
§ 4	Das Arbeitsvölkerrecht im Bereich der Vereinten Nationen (Robert Rächle/Benedikt Schmidt/Monika Schlachter)	37
§ 5	Internationale Arbeitsorganisation (ILO) (Reingard Zimmer)	117
§ 6	Europarat (Monika Schlachter/Daniel Ulber)	201
§ 7	Arbeits- und sozialrechtliche Bezüge in Handels- und Investitionsschutzabkommen (Gabriele Buchholtz)	405
§ 8	Internationale Rahmenabkommen (IFAs) (Reingard Zimmer)	433
§ 9	Schutz von Arbeits- und Sozialstandards im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und G7/G20 (Gabriele Buchholtz/Robert Rächle/Benedikt Schmidt)	449
§ 10	Rezeption des Arbeitsvölkerrechts im Rahmen der EMRK (Gabriele Buchholtz)	465
§ 11	Rezeption des Arbeitsvölkerrechts im Rahmen der ESC (Monika Schlachter)	491

Inhaltsverzeichnis

§ 12	Rezeption im Rahmen des Rechts der Europäischen Union (François Biltgen)	499
§ 13	Rezeption des Arbeitsvölkerrechts im Rahmen des nationalen Rechts (Susanne Baer/Jürgen Treber)	533
§ 14	Geltung und Wirkung von Arbeitsvölkerrecht in unterschiedlichen Rechtsordnungen – ein rechtsvergleichender Blick (Johannes Heuschmid)	583
§ 15	Arbeitsvölkerrecht in der (gerichtlichen) Praxis (Wolfgang Däubler/Johannes Heuschmid)	593
	Anhang: Übersicht Rechtsquellen	605
	Stichwortverzeichnis	609

§ 1 Einleitung

Völkerrecht wird traditionell als Gesamtheit der rechtlichen Regeln über die Beziehungen von Staaten, internationalen Organisationen und anderen Völkerrechtssubjekten untereinander, einschließlich der für die Völkergemeinschaft relevanten Rechte oder Pflichten Einzelner, verstanden.¹ Ein Teilgebiet davon stellt die noch recht junge Disziplin des Arbeitsvölkerrechts dar. Darunter wird die Summe aller Rechtsquellen verstanden, die auf völkerrechtlicher Ebene die Rechtsbeziehungen abhängiger Arbeit regeln.² Einen bedeutsamen Teil des Arbeitsvölkerrechts wiederum stellen die sozialen Grund- und Menschenrechte samt ihrer Durchsetzungsmechanismen dar.³ Dieses Buch soll allerdings nicht an den (formalen) Grenzen der soeben dargelegten Definition des Arbeitsvölkerrechts stehen bleiben. Vielmehr ist der Anspruch darauf gerichtet, alle relevanten Rechtsquellen und Rechtsentwicklungen, die auf internationaler bzw. multinationaler Ebene Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen bzw. das Arbeitsverhältnis haben können, abzubilden. Infolgedessen werden in diesem Werk auch angrenzende bzw. überlappende Bereiche des internationalen Rechts behandelt. Hierzu gehören zunächst Teilbereiche des Transnational Labour Law⁴, das die verschiedenen Regeln und Normen erfasst, die auf einer transnationalen Ebene Arbeitnehmerinteressen gegenüber multinationalen Konzernen und anderen Akteuren wahren sollen. Das Transnational Labour Law wird u. a. durch einen weiten Begriff von „Recht“ geprägt.⁵ Schließlich werden auch Teilbereiche des Wirtschaftsvölkerrechts⁶ und des internationalen Wirtschaftsrechts in die Betrachtung einbezogen, sofern arbeitsrechtliche Bezüge vorhanden sind.

Dass das Arbeitsvölkerrecht kein neues Phänomen ist, zeigt spätestens die ILO, die seit nunmehr 100 Jahren völkerrechtliche Normen auf institutioneller Ebene schafft (zur historischen Entwicklung vgl. § 2 und § 5). In der gestaltenden Verwendung arbeitsvölkerrechtlicher Schutzinstrumente in der Rechtspraxis von Gerichten oder Prozessvertretern hat es allerdings bislang kaum eine bedeutende Rolle inne. Zwar ist die grundsätzliche Relevanz des Arbeitsvölkerrechts, nicht zuletzt

¹ *Herdegen*, Völkerrecht, § 1 Rn. 4; *von Arnould*, Völkerrecht, Rn. 1.

² *Pärli u. a.*, Arbeitsrecht im internationalen Kontext, S. 15 ff.; KZDH, *Heuschmid*, § 8 Rn. 1.

³ *Eichenhofer*, Menschenrechte, S. 9 ff.

⁴ *Ojeda-Avilés*, Transnational Labour Law, S. 3 ff.

⁵ *Blackett/Trebilcock*, Transnational Labour Law, S. 3 ff.

⁶ *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, § 1 Rn. 12.

aufgrund herausragender Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts⁷ und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte⁸, mittlerweile allgemein erkannt, für die praktische Verwertbarkeit fehlte es bislang jedoch an seiner praxisorientierten systematischen Aufbereitung.⁹ Dieses Defizit soll mit dem vorliegenden Handbuch behoben werden, das explizit den praktischen Nutzen des Arbeitsvölkerrechts für Auslegung und Anwendung des nationalen Rechts mit einbezieht.

- 3 Ausgangspunkt des Werkes ist nach einer Annäherung an die Erscheinungsformen arbeitsvölkerrechtlicher Normen (vgl. § 3) eine umfassende Bestandsaufnahme des Arbeitsvölkerrechts in den verschiedenen Rechtskreisen. Hierzu gehört das Recht der Vereinten Nationen (vgl. § 4), das Recht der Internationalen Arbeitsorganisation (vgl. § 5) sowie das Recht des Europarats (vgl. § 6). Neben diesen klassischen Rechtskreisen des Arbeitsvölkerrechts soll jedoch auch der Blick auf spezifische aktuelle Entwicklungen gerichtet werden, die darüber hinausgehen. Zu nennen sind hier arbeitsrechtliche Bezüge in Handels- und Investitionsschutzabkommen (vgl. § 7), das relativ neue Phänomen der Internationalen Rahmenabkommen (vgl. § 8) sowie die aktuellen Entwicklungen im Bereich der OECD bzw. im Rahmen der G 7 und G 20 (vgl. § 9).
- 4 Vermehrt zeigt sich, dass völkerrechtliche Normen einander wechselseitig beeinflussen und verstärken, wodurch ihr Einfluss auf die Auslegung anderer völkerrechtlicher Normen, aber eben auch auf das nationale Recht, zunimmt. Diese Entwicklung kann als Rezeption des Völkerrechts in anderen Rechtskreisen verstanden werden. Wie und unter welchen Voraussetzungen diese gelingt, hängt vom Zusammenspiel der Rechtsquellen auf den verschiedenen Ebenen ab. Die Voraussetzungen der Rezeption sollen verständlich erläutert und für den Praktiker nutzbar gemacht werden. Der Rezeptionsprozess findet zunächst im Arbeitsvölkerrecht selbst statt, wie etwa die Rechtsprechung des EGMR eindrücklich veranschaulicht (vgl. § 10 und § 11). Aber auch im Bereich des Unionsrechts war das Arbeitsvölkerrecht wiederholt Motor für Rechtsfortbildungen, die zugleich auch weitreichende Wirkung für die Rechtsordnungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten haben kann (vgl. § 12). Seinen Hauptanwendungsbereich hat das Arbeitsvölkerrecht allerdings bei der Rezeption im nationalen Arbeits- und Verfassungsrecht (vgl. § 13). Die maßgeblichen Gestalter dieses Prozesses sind Gerichte und völkerrechtliche Überwachungsorgane, da sie die Auslegung und Anwendung der Rechtssätze entscheidend prägen. Dieser Auslegungspraxis muss ein Werk zum Arbeitsvölkerrecht den entsprechenden Raum geben, weil die Wirkkraft des Arbeitsvölkerrechts von seiner Rezeption abhängt. Je nach zugrundeliegendem Modell, kann diese in den einzelnen nationalen Rechtsordnungen sehr unterschiedlich erfolgen. Auch dies ist hier exemplarisch darzustellen (vgl. § 14). Um die Rezeption des Arbeitsvölkerrechts weiter zu entwickeln und voranzutreiben, be-

7 BVerfG BVerfGE 111, 307 (Görgülü).

8 EGMR 12.11.2008 – Nr. 34503/97 (Demir und Baykara).

9 Erste Ansätze hierzu: *Pärli u. a.*, Arbeitsrecht im internationalen Kontext, 2017; *Schubert*, Arbeitsvölkerrecht, 2017.

darf es auch einer gestaltenden Prozessführung durch die Verfahrensbeteiligten, insbesondere die Anwaltschaft. Deshalb behandelt das vorliegende Buch auch die Frage, wie das Arbeitsvölkerrecht im Zusammenspiel der verschiedenen Durchsetzungsverfahren zielführend mobilisiert werden kann (vgl. § 15). Um die Nutzbarkeit zu erhöhen, schließt das Werk mit einer Übersicht zu den Quellen des Arbeitsvölkerrechts für den praktischen Rechtsanwender ab (vgl. Anhang).

Das Arbeitsvölkerrecht kann als Fundus für Anregungen, teilweise auch als Bestätigung bestehender Auslegung dienen, gelegentlich aber auch Anlass geben, tradierte Denkmuster zu durchbrechen und kritisch zu hinterfragen. Kommt es dabei zu einem Dialog der Rechtsordnungen, der zu einer besseren Verständigung über gemeinsame Mindeststandards für das Arbeitsleben führt, so wäre damit viel gewonnen. Letztendlich hängt die Wirkkraft des Arbeitsrechts, Schutz zu gewährleisten, auch davon ab, dass die Schutzstandards möglichst weitgehend akzeptiert werden. In einer zunehmend globalisierten Welt gehört dazu auch, dass die eigene Rechtsordnung aktiv an dem Diskurs über internationale Standards teilnimmt. Das gilt in Zeiten, in denen multilaterale Koordinierungsformen von einzelnen Regierungen grundsätzlich in Frage gestellt werden, in besonderem Maße. Angesichts der durch die Globalisierung verursachten (sozialen) Problemlagen, kann die Zukunft nur in mehr und nicht weniger Multilateralismus bestehen. Damit liegt das Arbeitsvölkerrecht voll im Trend. Anders gesagt, der Auftrag der ILO „Weltfrieden durch soziale Gerechtigkeit“ war niemals aktueller als heute.¹⁰

¹⁰ Dazu auch: *Eichenhofer*, Menschenrechte, S. 11f.

§ 2 Die Entwicklung des Arbeitsvölkerrechts

I. Der Zeitraum bis zum Ersten Weltkrieg	6
II. Versailler Vertrag und Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation	8
III. Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg und der Neuanfang nach dessen Ende	10
IV. Sozialklauseln in Handelsverträgen	12
V. Völkerrechtliche Maßnahmen, die den Abbau von Schutzstandards vorsehen – „Anti-Arbeitsrecht“	16
1. Die Memoranden von EU und IWF in Bezug auf bestimmte Mitgliedstaaten der EU	16
2. Projekte mit Finanzierung durch die Weltbank	18

Literatur

Adamy/Bobke/Lörcher, Einleitung zum Recht der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), in: Däubler/Kittner/Lörcher (Hrsg.), Internationale Arbeits- und Sozialordnung, 2. Aufl., Köln 1994, S. 177; *Bartels*, Eine menschenrechtliche Modellklausel für die völkerrechtlichen Abkommen der Europäischen Union. Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Menschenrechte und von Misereor, Berlin/Aachen 2014; *Böhmert*, Das Recht der ILO und sein Einfluss auf das deutsche Arbeitsrecht im Zeichen der europäischen Integration, Baden-Baden 2002; *Brinkmann*, Der Anfang des internationalen Arbeitsrechts – Die Berliner Internationale Arbeitsschutzkonferenz von 1890 als Vorläufer der Internationalen Arbeitsorganisation, in: BMAS/BDA/DGB (Hrsg.), Weltfriede durch soziale Gerechtigkeit. 75 Jahre Internationale Arbeitsorganisation, Baden-Baden 1994, S. 14; *Däubler*, Lenin als Arbeitsrechtler?, in: Roggan/Busch (Hrsg.), Das Recht in guter Verfassung?, Festschrift für Martin Kutscha, Baden-Baden 2013, S. 63; *Däubler*, Das Arbeitsrecht 1, 16. Aufl., Reinbek 2006; *Däubler*, Wiederaufbau statt Deregulierung in Griechenland. Working Paper Nr. 9 des Hugo Sinzheimer – Instituts, Frankfurt am Main 2016, abrufbar unter <http://www.hugo-sinzheimer-institut.de/veroeffentlichungen/hsi-working-paper.html>; *Däubler/Däubler-Gmelin*, Freihandel und Investorenschutz – verbindliche und effektive soziale Korrekturen?, Frankfurt am Main 2016, abrufbar unter <http://www.hugo-sinzheimer-institut.de/veroeffentlichungen/hsi-working-paper.html>; *Däubler/Kittner/Lörcher* (Hrsg.), Internationale Arbeits- und Sozialordnung, 2. Aufl., Köln 1994; *Dombois*, Sozialklauseln in US-Freihandelsabkommen – ein wirksames Mittel internationaler Arbeitsregulierung?, Industrielle Beziehungen 13, 2006, S. 238; *Ebert*, Kohärenz der Politik der Weltbank mit den arbeitsrechtlichen Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation, in: Däubler/Zimmer (Hrsg.), Arbeitsvölkerrecht, FS Lörcher, Baden-Baden 2013, S. 72; *Ebert/Posthuma*, Labour Provisions in Trade Agreements: Current Trends und Perspectives, International Institute for Labour Studies, ILO, Genf 2011; *Fischer-Lescano*, Troika in der Austerität, KJ 2014, S. 2; *Hachez*, „Essential Elements“ Clauses in EU Trade Agreements Making Trade Work in a Way That Helps Human Rights?, Leuven Centre for Global Governance Studies,

Working Paper No. 158, Leuven 2015; *Hepple* (Hrsg.), *The Making of Labour Law in Europe. A Comparative Study of Nine Countries up to 1945*, London 1986; *Herdegen*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, 10. Aufl., München 2014; *Kern*, *Zur Wirkungsgeschichte der Arbeitsschutzkonferenz im internationalen Bereich*, *ZfA* 1991, 323; *Ioannou*, *Recasting Greek Industrial Relations: Internal Devaluation in Light of the Economic Crisis and European Integration*, *The International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations*, 28 (2012), p. 199; *Monteiro Fernandes*, *Direito do Trabalho*, 17a edição, Lisboa 2014; *O'Higgins*, „Il lavoro non è una merce“. Un contributo irlandese al diritto del lavoro, *Giornale di Diritto del Lavoro e di Relazioni Industriali*, anno XVIII (1996), No 2, p. 295; *Ojeda Avilés*, *Derecho transnacional del Trabajo*, Valencia 2013; *Rödl/Callsen*, *Kollektive soziale Rechte unter dem Druck der Währungsunion. Schutz durch Art. 28 EU-Grundrechtecharta*, HSI-Schriftenreihe Band 13, Frankfurt am Main 2015; *Schneider*, *Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland*, Köln 1984; *Seifert*, *Bedeutung des Arbeitsrechts bei der Entstehung der Europäischen Gemeinschaften*, AuR 2015, G9; *Servais*, *Normes Internationales du Travail*, Paris 2004; *Travlos-Tzanetatos*, *Die Tarifautonomie in kritischer Wende – das Beispiel Griechenlands*, in: Joost/Oetker/Paschke (Hrsg.), *FS Säcker*, München 2011, S. 325; *Valticos/v. Potobsky*, *International Labour Law*, 2nd edition, Deventer/Boston 1995; *Van den Putte/Orbie*, *EU Bilateral Trade Agreements and the Surprising Rise of Labour Provisions*, *The International Journal of Comparative Labour Law and Industrial Relations* 31 (2015), p. 263; *Waas*, *Tarifvertragsrecht in Zeiten der Krise*, in: Schubert (Hrsg.), *Anforderungen an ein modernes kollektives Arbeitsrecht*, *FS Kempen*, Baden-Baden 2013, S. 43; *Zimmer*, *Soziale Mindeststandards und ihre Durchsetzungsmechanismen. Sicherung internationaler Mindeststandards durch Verhaltenskodices?*, Baden-Baden 2008; *Zimmer*, *Sozialklauseln im Nachhaltigkeitskapitel des Freihandelsabkommens der Europäischen Union mit Kolumbien und Peru*, in: Scherrer/Hänlein (Hrsg.), *Sozialkapitel in Handelsabkommen. Begründungen und Vorschläge aus juristischer, ökonomischer und politologischer Sicht*, Baden-Baden 2012, S. 146.

I. Der Zeitraum bis zum Ersten Weltkrieg

- 1 Die ersten arbeitsrechtlichen Normen sind in Europa **innerhalb der Nationalstaaten** entstanden.¹ In Deutschland wird üblicherweise auf das preußische Kinderarbeitsregulativ von 1839 verwiesen.² Die englische Fabrikgesetzgebung zur Begrenzung des Normalarbeitstags hat eingehende Darstellung erfahren,³ ebenso die einige Jahrzehnte später liegende Gesetzgebung des zaristischen Russland.⁴
- 2 Die Vorstellung, einheitliche Normen für eine Vielzahl von Staaten zu schaffen, wurde zunächst von Einzelpersonen entwickelt, deren Initiativen jedoch erfolglos blieben. **Robert Owen**, ein schottischer Industrieller, trat im Jahre 1816 als erster mit einer derartigen Forderung hervor. Während er sich primär auf humanitäre Überlegungen, d. h. die Beseitigung unmenschlicher Arbeitsbedingungen stützte,

1 Überblick bei *Hepple* (Hrsg.), *The Making of Labour Law in Europe. A Comparative Study of Nine Countries up to 1945*, 1986.

2 Dazu *Kuczynski*, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 1, 1961, S. 314 und Bd. 9, 1968, S. 88 ff.

3 *Karl Marx*, *Das Kapital*, Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 294 ff.

4 Dazu *Däubler*, *Lenin als Arbeitsrechtler?*, *FS Kutscha*, 2013, S. 63 ff.

fügten **Charles Hindley**, ein britischer Unternehmer und Unterhausabgeordneter, sowie **Georges Lee**, Fabrikant aus Manchester, die Erwägung hinzu, der internationale Wettbewerb zwinge die britischen Unternehmer zu einer so langen Arbeitszeit, dass die Gesundheit der Beschäftigten leide.⁵ Dies könne durch eine einheitliche Regelung für alle vergleichbaren Staaten verhindert werden. Dem schloss sich 1840 der elsässische Unternehmer **Daniel Legrand** an und verlangte in einem Appell an die deutschen Regierungen und an die Schweiz, u. a. das Kinderarbeitsregulativ auf alle deutschen Staaten und die Schweiz zu erstrecken.⁶

Bei der nachfolgenden Diskussion unter **Politikern und Wissenschaftlern**, in der erstmals auch die Arbeiterbewegung ihre Stimme erhob, wurden **weitere Gesichtspunkte** genannt: Bessere Arbeitsbedingungen würden die Produktivität fördern; auch sei die staatliche Ordnung weniger gefährdet, wenn man hier Abhilfe schaffen würde.⁷ Ein gewichtige Rolle spielte weiter das Argument, es gebe angesichts der gesundheitlichen Belastungen im Arbeitsprozess nicht mehr genügend gesunde Rekruten, so dass die militärische Schlagkraft leide; es fand nicht nur in Preußen Anerkennung.⁸

Die **Regierungen** nahmen dies alles zur Kenntnis, kamen aber über **höchst bescheidene Maßnahmen** im innerstaatlichen Bereich nicht hinaus.⁹ Legrands Appell führte dazu, dass sich der preußische König Friedrich Wilhelm IV. an die englische Regierung wandte, um dort eine internationale Regelung anzuregen; die Regierung wollte jedoch nichts ohne Frankreich unternehmen, das seinerseits Bedingungen stellte, die die anderen nicht erfüllen konnten.¹⁰ Der **Aufstand der Pariser Kommune von 1871** schuf bei den Regierungen einige Beunruhigung; eine Initiative Bismarcks, gemeinsam mit Österreich-Ungarn durch präventive Maßnahmen künftig solche Unruhen zu verhindern, verlief jedoch im Sande.¹¹ Im Jahre 1881 unternahm die **Schweiz** einen erfolglosen Versuch, andere europäische Industriestaaten zu einer Konferenz einzuladen, deren Ziel der Abschluss internationaler Abkommen über die Fabrikarbeit gewesen wäre. Im Jahre 1889 unternahm sie eine erneute Initiative, wonach die Konferenz allerdings nur „Vorschläge“ erarbeiten sollte, die sich auf bestimmte Sachgebiete wie die Sonntagsarbeit oder die Kin-

5 Darstellung nach *Brinkmann*, in: BMAS/BDA/DGB (Hrsg.), S. 14 ff.; s. auch die Skizzierung bei *Böhmert*, Das Recht der ILO und sein Einfluss auf das deutsche Arbeitsrecht im Zeichen der europäischen Integration, 2002, S. 27 ff. (beide auch zum Folgenden).

6 Weitere Initiativen bei *Servais*, Normes Internationales du Travail, 2004, S. 3 ff.

7 *Brinkmann* (Fn. 5), S. 14.

8 In Preußen war es das maßgebende Argument für den Erlass des Kinderarbeitsregulativs gewesen, s. oben Fn. 2.

9 Das Kinderarbeitsregulativ verbot beispielsweise lediglich die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren in Bergwerken und Fabriken (nicht aber in der damals noch dominierenden Landwirtschaft); Kinder zwischen 9 und 16 Jahren durften in der Industrie höchstens 10 Stunden werktäglich (also 60 Stunden pro Woche) arbeiten. Dazu *Michael Schneider*, Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland, 1984, S. 25; der Text des Kinderarbeitsregulativs findet sich dort auf S. 195 ff.

10 *Brinkmann*, S. 15.

11 *Brinkmann*, S. 16, auch zum Folgenden.

der- und Frauenarbeit beziehen sollten. Der auf den 5.5.1890 terminierten Einladung kam der deutsche Kaiser Wilhelm II. mit einer eigenen Initiative zuvor; der **Kaiserliche Erlass vom 4.2.1890** betonte insbesondere die Aufgabe, „gleichmäßige“ Anforderungen an die Tätigkeit der Arbeiter zu stellen und deshalb bei den Regierungen aller Staaten, „deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht“, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen.¹² Nachdem die Schweiz aufgrund diplomatischer Interventionen von Seiten Deutschlands ihre Einladung zurückgezogen hatte, lud der Kaiser zum 15.3.1890 nach Berlin ein.

- 5 An der **Berliner Konferenz** nahmen insgesamt 14 europäische Staaten teil, zu denen neben Deutschland u.a. Frankreich, Großbritannien, Österreich-Ungarn, Schweden und Spanien gehörten.¹³ Wie schon aus der Einladung deutlich wurde, wollte man nicht zu bindenden Vereinbarungen kommen. Vielmehr ging es allein um unverbindliche Resolutionen zu einer Reihe von Einzelpunkten. Sie kamen effektiv zustande; ob darin aber ein Beitrag zu einem besseren Arbeitnehmerschutz lag, wurde nach Ende der Konferenz unterschiedlich eingeschätzt.¹⁴ Dazu kam, dass trotz der rechtlichen Unverbindlichkeit bestimmte wichtige Fragen wie eine allgemeine Obergrenze für die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit gar nicht angesprochen wurden.¹⁵ Gleichwohl wird die Konferenz als Auslöser für weitere Veranstaltungen dieser Art sowie auch dafür gesehen, dass sich in verschiedenen Ländern Fortschritte im Bereich des Arbeitsschutzrechts ergaben.¹⁶ Im Jahre 1906 kamen auf einer Konferenz **in Bern zwei Übereinkommen** zustande, die das Verbot der **Nacharbeit von Frauen** in der Industrie sowie das **Verbot des weißen Phosphors** bei der Herstellung von Zündhölzern betrafen.¹⁷ Auch Deutschland ratifizierte diese ersten Regelungen des internationalen Arbeitsrechts.¹⁸ Ob es sich dabei wirklich um eine „Fernwirkung“ der Berliner Konferenz handelte, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit feststellen.

II. Versailler Vertrag und Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation

- 6 Der Versailler Friedensvertrag vom 28.6.1919¹⁹ enthält einen **Teil XIII** mit der Überschrift „Arbeit“. Als völkerrechtlicher Vertrag, der von den Siegermächten ausgehandelt wurde und von Deutschland zu unterzeichnen war, legte er bestimmte Ziele für die „Organisation der Arbeit“ fest, indem er bestimmte:

12 Wortlaut veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger vom 5. Februar 1890.

13 *Brinkmann*, S. 17 f.

14 *Kern*, ZfA 1991, S. 323 f.

15 Einzelheiten bei *Kern*, ZfA 1991, S. 323 (325 f.).

16 *Kern*, ZfA 1991, S. 324; *Brinkmann*, S. 22 ff.

17 *Servais*, S. 6.

18 RGBl 1911, S. 5, 17.

19 Nachlesbar unter <http://www.documentarchiv.de/wr/vv13.html> (31.3.2017).

„Da der Völkerbund die Begründung des Weltfriedens zum Ziele hat, und ein solcher Friede nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden kann, da ferner Arbeitsbedingungen bestehen, die für eine große Anzahl von Menschen mit so viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrungen verbunden sind, dass eine den Weltfrieden und die Welteintracht gefährdende Unzufriedenheit entsteht,

und da eine Verbesserung dieser Bedingungen dringend erforderlich ist, zum Beispiel hinsichtlich der Regelung der Arbeitszeit, der Festsetzung einer Höchstdauer der Arbeitstage und der Arbeitswoche, der Regelung des Arbeitsmarkts, der Verhütung der Arbeitslosigkeit, der Gewährleistung von Löhnen, welche angemessene Lebensbedingungen ermöglichen, des Schutzes der Arbeiter gegen allgemeine und Berufskrankheiten sowie gegen Arbeitsunfälle, des Schutzes der Kinder, Jugendlichen und Frauen, der Alters- und Invalidenunterstützung, des Schutzes der Interessen der im Ausland beschäftigten Arbeiter, der Anerkennung des Grundsatzes der Freiheit gewerkschaftlichen Zusammenschlusses, der Gestaltung des beruflichen und technischen Unterrichts und ähnlicher Maßnahmen, da endlich die Nichtannahme einer wirklich menschlichen Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Bemühungen der anderen, auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachten Nationen hemmt, haben die *Hohen vertragschließenden Teile*, geleitet sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit als auch von dem Wunsche, einen dauernden Weltfrieden zu sichern, folgendes vereinbart:“

Die folgenden Art. 387 bis 426 enthielten recht präzise **Vorgaben für** die Schaffung und die Aufgaben einer **Internationalen Arbeitsorganisation**. Festgelegt wurde u. a., dass innerhalb dieser Organisation völkerrechtliche Verträge abgeschlossen werden sollten, die von den Mitgliedstaaten zu befolgen waren; für Kolonien und Protektorate blieben jedoch Ausnahmen möglich. Allerdings wurde keine Einheitlichkeit um jeden Preis erstrebt. In Art. 427 fand vielmehr die Verschiedenheit der Staaten Berücksichtigung, indem betont wurde, Klima, Sitten und Gebräuche, wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und industrielle Überlieferung würden die sofortige Herbeiführung der vollständigen Einheitlichkeit in den Arbeitsverhältnissen erschweren. Allerdings drückten die Verfasser des Vertrages die Überzeugung aus, dass die **Arbeit nicht als bloße Handelsware** betrachtet werden dürfe und dass sich Verfahren und Grundsätze für die Regelung der Arbeitsverhältnisse finden ließen, die zu erreichen sich alle Beteiligten bemühen sollten.

Anschließend wurde eine Art Sofortprogramm formuliert, in dem Gegenstände mit inhaltlicher und zeitlicher Priorität aufgeführt waren. Dazu gehörten neben dem Grundsatz „Die Arbeitskraft ist keine Handelsware“ u. a. die Vereinigungsfreiheit auf Arbeitnehmer- wie auf Arbeitgeberseite, die Bezahlung eines Lohnes, der eine angemessene Lebensführung ermöglicht, die Realisierung des **Acht-Stunden-Tags** oder der 48-Stunden-Woche, eine wöchentliche **Ruhezeit von 24 Stunden**, die nach Möglichkeit den Sonntag einschließen solle, sowie die **Lohnleichheit von Mann und Frau** bei „Arbeit von gleichem Werte“.

Im Oktober 1919 trat die **Internationale Arbeitskonferenz in Washington** zusammen, um den Verwaltungsrat zu ernennen und die ersten Konventionen zu beschließen (zu den Organen der ILO vgl. § 5 Rn. 8f.).²⁰ Die Art. 387 bis 426 des

²⁰ *Valticos/v. Potobsky*, International Labour Law, 2nd edition, 1995, S. 19.

Versailler Vertrages wurden wie eine „Verfassung“ behandelt. Vertreten waren insgesamt 45 Mitgliedstaaten, zu denen neben den Siegermächten auch Deutschland und Österreich sowie 13 weitere Staaten gehörten, die dem Völkerbund beitreten wollten.²¹

- 12 Nicht nur der Friedensvertrag von Versailles enthielt arbeitsrechtliche Bestimmungen; auch **andere völkerrechtliche Abkommens** nahmen sich zu jener Zeit dieses Gegenstands an. Erwähnenswert ist dabei insbesondere das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 11.6.1922,²² das in seinen Artikeln 159ff. ausdrücklich die Anforderungen für die Anerkennung als Gewerkschaft regelte und auch Bestimmungen über Tarifverträge enthielt.
- 13 Die Entstehung erster Normen des Arbeitsvölkerrechts war einmal das Ergebnis **erstarkter Gewerkschaften** und sozialer Bewegungen in den industrialisierten Ländern Europas, die in Deutschland sogar den Sturz der Monarchie bewirkt hatten. Zum andern machte sich auch bei Arbeitgeberverbänden und eher konservativen Regierungen die Erkenntnis breit, dass ein gewisses **Entgegenkommen** gegenüber den Forderungen der Arbeiterbewegung **im Interesse der inneren Stabilität** lag.²³ Konzessionen auf internationaler Ebene waren dabei leichter zu verkraften als im einzelstaatlichen Rahmen gemachte, weil letztere ggf. die Position im internationalen Handel gegenüber anderen Ländern mit weniger „Soziallasten“ verschlechtert hätten. Auch konnte man darauf hoffen, dass sich das auf internationaler Ebene Vereinbarte allenfalls mittel- bis langfristig in der Realität durchsetzen würde. Aktiv zu werden erschien den Regierungen schließlich auch deshalb geboten, weil angesichts der **Oktober-Revolution in Russland** die Gefahr eines fundamentalen Umsturzes auch in anderen Ländern deutlich gestiegen war.²⁴

III. Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg und der Neuanfang nach dessen Ende

- 14 Die Internationale Arbeitsorganisation machte sich mit Schwung an die Arbeit; bis 1932 kamen insgesamt **33 Übereinkommen** zustande. Zu Beginn war man der Zeit voraus, da das Übereinkommen Nr.1 den **Acht-Stunden-Tag** bzw. die 48-Stunden-Woche garantierte (was nur in wenigen Ländern anerkannt war), und das Übereinkommen Nr.2 die Mitgliedstaaten verpflichtete, ein wirksames System der **Arbeitslosenversicherung** einzuführen.²⁵ Später flachte die Kurve ab. Rechtliche Auseinandersetzungen entstanden im Zusammenhang mit dem personellen Gel-

²¹ Mitgeteilt bei *Adamy/Bobke/Lörcher*, in: Däubler/Kittner/Lörcher, Internationale Arbeits- und Sozialordnung, 2. Aufl., 1994, S. 179.

²² RGBl II 1922, S. 237.

²³ Zu ähnlichen Überlegungen im Vorfeld des Stinnes-Legien-Abkommens vom 15.11.1918 s. die Nachweise bei *Däubler*, Das Arbeitsrecht 1, 16. Aufl., 2006, Rn. 90.

²⁴ So auch *Brinkmann*, S. 26.

²⁵ *Adamy/Bobke/Lörcher*, S. 179.

Stichwortverzeichnis

Die fett gedruckten Zahlen verweisen auf die Paragraphen, die folgenden Zahlen bezeichnen die Randnummern.

- Abkommen über die Sozialpolitik 12 16
- Acht-Stunden-Tag 2 10, 14
- AEUV 12 20
- AKP-Staaten, Partnerschaftsabkommen mit der EU 2 31
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 4 24 ff.; 6 52
 - Begrenzung der Arbeitszeit 4 27
 - Diskriminierungsverbote 4 28
 - Gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen 4 26
 - Gerechte und befriedigende Entlohnung 4 26
 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit 4 26
 - Interpretationshilfe 4 24
 - Koalitionsfreiheit 4 26, 29
 - Privatsphäre am Arbeitsplatz 4 27
 - Programmatische Verkündung 4 24
 - Recht auf Arbeit 4 26
 - Regelmäßiger bezahlter Urlaub 4 27
 - Schutz des Privatlebens 4 27
- Allgemeine Grundsätze des Völkerrechts 3 1, 27 f.
 - Feststellung durch das BVerfG 3 30; 15 18
 - Stellung im innerstaatlichen Recht 3 29
- Allgemeinverbindlicherklärung, Suspendierung als Mittel des Abbaus von Sozialstandards 2 36
- Arbeitnehmer, *siehe auch Kündigung*
 - Fragerecht des Arbeitgebers 13 71
 - Eignung, mangelnde persönliche 13 66, 78
 - Entgelt 4 78; 5 140; 6 557 ff.; 13 51 f.
 - Entgeltgleichheit 5 138 f.; 6 557 ff.; 13 76
 - erfasster Personenkreis 3 2
 - kirchliche Arbeitnehmer 6 344 ff., 373, 422
 - Meinungsfreiheit 13 67 ff.
 - Urlaubsanspruch, Verfall 13 79
 - Vereinigungsfreiheit, *siehe Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen*
 - Verfassungstreue 13 67, 77
 - Wiederverheiratung 13 62
 - Whistleblowing 13 69, *siehe auch Meinungsäußerungsfreiheit und Whistleblowing*
- Arbeitnehmerschutzrechte der ESC 6 521 ff.
 - Arbeitnehmerrechte am Arbeitsplatz 6 524
 - Arbeitszeit 6 543 ff.
 - Behindertenschutz, Art. 15 6 542
 - Diskriminierungsverbot 6 522
 - Entgeltgleichheit 6 557 ff.
 - Jugendschutz 6 538 ff.
 - Kündigungsschutz 6 569 ff.
 - Mutterschutz 6 541
 - Recht auf Arbeit 6 525
 - Rechte der Arbeitnehmervertreter im Betrieb 6 601
 - Schutz familienpflichtiger Arbeitnehmer 6 543
 - soziale Rechte 6 521
 - Streikrecht 6 594
 - Vereinigungsfreiheit 6 579 ff.
 - Zwangsarbeit 6 526
 - Zwangsarbeitsverbot 6 527
- Arbeitnehmervertretung im Betrieb 5 210 f.; 6 578, 601 ff.
 - betriebliche Vertreter 5 213, 215
 - Beratungsrecht 6 605
 - Betriebliche Arbeitnehmervertretungen 6 606
 - Betriebliches Informations- und Beratungsrecht 6 604
 - bezahlte Freistellung 6 602
 - Gewerkschaftliche Vertrauensleute 5 216
 - Informations- und Konsultationsrechte 6 603 ff.
 - Kein Untergraben von Gewerkschaften 5 214
 - Konsultationspflicht 6 604

Stichwortverzeichnis

- Recht auf Beteiligung an der Festlegung von Arbeitsbedingungen und Verbesserungen der Arbeitsumwelt 6 607
- Schulungsveranstaltungen 6 602
- Schwellenwert 6 604
- Staatliche Schutzpflicht 5 212f.
- Unterrichtung und Beratung bei Massenentlassungen 6 608
- Übereinkommen Nr. 135 (Anwendungsbereich) 5 211
- Wiedergutmachung ungerechtfertigte Entlassung 5 212
- Arbeitskampfrecht, *siehe auch Vereinigungsfreiheit und Recht auf Tarifverhandlungen und Koalitionsfreiheit*
- Ankündigungspflicht 6 597
- Arbeitgeberseitige Kritik 5 89
- Aufrechterhaltung eines Mindestumfangs an Dienstleistungen 6 599
- Auseinandersetzung um das Streikrecht in der ILO 5 88
- Auslegung des Streikrechts 5 90
- Aussperrung 5 103; 13 83
- Berechtigung zum Streikaufruf 6 598
- Daseinsvorsorge 5 99; 6 188, 498
- Demonstrations- und Proteststreiks 5 93
- Druckmittel zur Durchsetzung von Forderungen 5 86, 94
- Einschränkungen des Streikrechts 6 596
- Formale Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für einen Streik 6 597
- Friedenspflicht 6 597; 13 50, 57
- Gemeinwohlbindung 13 59
- Gewährleistungen ESC 13 44ff.
- ILO-Übereinkommen Nr. 87 5 87
- Kernbereichslehre 13 47, 135
- Kirche/kirchliche Einrichtung 6 470ff.; 13 47, 56, 83
- Rechtsprechung des EuGH 5 102
- Religionsgemeinschaften 6 470ff.
- Schadensersatzpflicht 13 57
- Streik in der Daseinsvorsorge 6 599
- Streikverbot für Beamte 4 59; 5 96, 108f.; 6 423, 467, 600; 10 33, 13 58
- tariflich regelbares Streikziel 6 594
- Tarifvertragsbezogenheit (ESC) 13 47f.
- Übermaßverbot (ESC) 13 45
- Unterstützungstreik (ESC) 6 595; 13 47
- Urabstimmung 6 597
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (ESC) 13 46
- Wahl des Kampfmittels 6 595
- Warnstreik 13 45, 59
- Arbeitslosenversicherung 2 14
- Arbeits- und Gesundheitsschutz 5 189ff.; 6 175ff.; 12 30
- Arbeitsschutz und Arbeitsumwelt 5 196
- Arbeitsschutzmaßnahmen 5 198f.
- Arbeitsumwelt 5 195
- Behörden 5 208
- EMRK 6 175ff.
- Festlegung von Grenzwerten (Asbest) 5 201
- Förderungsrahmen für den Arbeitsschutz 5 209
- Gesundheitsschutz im Handel und Büro 5 192
- Gewerkschaften 5 214, 216
- ILO-Übereinkommen Nr. 115 5 190
- ILO-Übereinkommen Nr. 119 5 191
- ILO-Übereinkommen Nr. 120 5 192
- ILO-Übereinkommen Nr. 136 5 193
- ILO-Übereinkommen Nr. 139 5 194
- ILO-Übereinkommen Nr. 148 5 195
- ILO-Übereinkommen Nr. 155 5 196
- ILO-Übereinkommen Nr. 162 5 200
- ILO-Übereinkommen Nr. 174 5 206
- ILO-Übereinkommen Nr. 187 5 209
- inaktive Zeiten des Bereitschaftsdienstes 6 553
- integrierter Begriff der Arbeitsumwelt 5 197
- internationale Regelung im Arbeitsschutz 5 189
- Konzept der wesentlichen Äquivalenz (substantial equivalence) 5 227
- Kompensationsverpflichtung 6 551
- Maschinenschutz 5 191
- Mehrebenen-Kontrollmechanismus 5 223f.
- physische und geistige Faktoren 5 197
- Prävention und Kompensation von Risiken bei gefährlichen oder gesundheits-schädlichen Tätigkeiten 6 550
- Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen 6 556
- Recht auf Verlassen des Arbeitsplatzes 5 198
- Regelwerk für Arbeitsnormen von Seeleuten 5 221f.
- Risikoabschätzung (industrielle Störfälle) 5 207
- Schutz vor Gefahren durch Benzol 5 193
- Schutz vor karzinogenen Stoffen 5 194
- Sicherheit bei der Verwendung chemischer Stoffe 5 202ff.

Stichwortverzeichnis

- Sicherheit bei der Verwendung von Asbest 5 200
- staatlicher Arbeitsschutz 6 556
- Störfallgefährdete Anlagen 5 207
- Strahlenschutz 5 190
- Verantwortlichkeit 5 201
- Verhütung industrieller Unfälle 5 206
- Wöchentliche Ruhezeit 6 552
- Arbeits- und Sozialstandards 7 1, 14ff.
- Angleichung auf europäischer Ebene 10 2
- Vorgaben des Unionsrechts 7 44
- Bereichsausnahme 7 42, 46, 49
- Fortentwicklung 7 47, 49
- Gefahren durch TTIP und CETA 7 35ff.
- gemeinsame 7 34
- Lohnkostenwettbewerb 7 15
- Schutzmechanismen 7 43ff.
- Arbeitsvertragsbedingungen, ESC 6 544ff.
- Arbeitszeit 6 543ff.
- Bezahlte Feiertage 6 548
- Bezahlter Mindestjahresurlaub 6 549
- Das Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen 6 556
- Schriftliche Bestätigung des wesentlichen Inhalts des Arbeitsvertrages 6 554
- Sonderregelungen für die Nachtarbeit 6 555
- Wöchentliche Ruhezeit 6 552
- Arbeitsvölkerrecht
- Begriff 1 1ff.
- Absenkung des nationalen Schutzniveaus 2 33
- arbeitnehmerähnliche Personen 3 2
- Beamte 3 2
- EMRK 6 7ff.
- Entwicklung 2 1ff.
- ESC 11 1ff.
- Gründe für geringe praktische Bedeutung 3 19ff.
- ILO 5 1ff.
- Kollektivverträge als Teil des Arbeitsvölkerrechts 3 31f.
- praktische Bedeutung 3 17f.
- Realisierungsbedingungen 3 23
- Rechtfertigung 2 2ff.
- rechtsvergleichend 14 1ff.
- Rezeption, nationale Gerichte 13 37ff.
- Selbstständige 3 2
- Soft law 3 35f.
- symbolisches Recht 3 23
- Völkergewohnheitsrecht 3 1
- Völkervertragsrecht 3 1
- Verfahrensrecht, Restitutionsklage 13 42; 15 22ff.
- Arbeitszeit 5 179ff.; 6 543ff.; 12 30
- bezahlte Feiertage 6 548
- Flexibilisierung der Arbeitszeit 6 547
- ILO-Übereinkommen Nr.1 5 181
- ILO-Übereinkommen Nr.30 5 184
- ILO-Übereinkommen Nr.47 5 186
- ILO-Übereinkommen Nr.153 5 187
- ILO-Übereinkommen zur Arbeitszeit 5 180
- Höchstdauer 5 179, 181
- Recht auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen 6 556
- Reduzierung der Arbeitszeit 6 543
- Regulierung der Arbeitszeit als Gesundheitsschutz 6 546
- Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung 6 543
- Schichtarbeit 5 182
- Sonderregelungen für die Nachtarbeit 6 555
- Überausbeutung 5 188
- Überschreitung 5 183
- wöchentliche Arbeitszeit 5 185f.
- wöchentliche Ruhezeit 6 552
- Arbeitsvölkerrecht in der gerichtlichen Praxis 15 1ff.
- Auswahl des Falls 15 11
- Bundesverfassungsgericht 15 13ff.
- Feststellung von Völkergewohnheitsrecht 3 30; 15 18
- fremdsprachliche Rechtstexte 15 7
- iura novit curia 15 2
- Klage und Schriftsätze 15 4
- Sprachprobleme 15 5
- Verfassungsbeschwerde Prüfungsmaßstab 15 14
- Zeitpunkt 15 12
- Arbeitsvölkerrecht, rechtsvergleichend betrachtet 14 1ff.
- Armut, Kampf gegen ~ 2 16
- Ausbildung, *siehe Recht auf Bildung und Ausbildung*
- Auslegung 3 5ff.; 5 37ff.; 6 46ff., *siehe auch Wiener Vertragsrechtskonvention*
- „Case-Law“ 5 48
- EMRK 6 46ff.; 10 27ff.
- Entstehungsgeschichte 3 6; 6 50f.
- ESC 11 2ff.
- evolutive Interpretation 6 49; 10 5f.
- gewohnheitsrechtlich begründete Übung 5 51
- internationale Rechtsgelehrte 5 48
- langjährige Spruchpraxis 5 45
- mehrsprachige Verträge 3 7

Stichwortverzeichnis

- Notwendigkeit der Auslegung 5 38
- Sachverständigenausschuss 5 40, 43
- Schlüsselrolle (Ausschüsse) 5 47
- Sinn und Zweck 3 5; 6 55ff.
- spätere Übereinkünfte 3 5
- spätere Übung 3 5
- Systematik 3 5; 6 52ff.
- Übereinkommen durch die Ausschüsse (ILO) 6 37ff.
- verbindliche Auslegung 5 44
- völkerrechtsfreundliche 3 15ff.; 4 5; 10 12ff., 21; 12 9; 15 3
- völkerrechtliche Verträge 3 5ff.
- Wortlaut 3 5; 6 47ff.; 11 3

- Beitritt der Union zur EMRK 6 16
- Behinderte Menschen
 - ESC 6 542
 - Konzernschwerbehindertenvertretung, Bildung 13 89
- Belästigungsverbot, ESC 6 536
 - Zurechnung von Fehlverhalten 6 537
- Beratende Versammlung, *siehe Parlamentarische Versammlung*
- Berichtssystem (ILO) 5 20ff.
 - allgemeine Übersichten (general surveys) 5 25
 - Berichtsverfahren 5 21
 - Bemerkungen (observations) 5 24f.
 - direkte Anfragen (direct requests) 5 24f.
 - dreigliedrige Grundsatzerklärung (multinationale Unternehmen) 5 22
 - Globaler Bericht (global report on fundamental principles and rights and work) 5 21
 - Konferenzausschuss (Normenanwendungsausschuss) 5 26
 - Normenanwendungsausschuss 5 26
 - Sachverständigenausschuss 5 23, 40, 43
- Berliner Konferenz 2 5
- Berner Übereinkommen 2 5
- Berufsfreiheit 6 489ff.
- Beschwerde- und Klageverfahren (ILO) 5 27ff.
 - Abhilfemaßnahmen 5 35
 - Ausschuss für Vereinigungsfreiheit (committee on freedom of association) 5 30
 - Beschwerdeverfahren (representations) 5 28f.
 - Bestandteil der Verfassung 5 31
 - Grundsatz der Vereinigungsfreiheit 5 30
 - Handlungsanweisungen 5 36
 - Internationaler Gerichtshof (IGH) 5 36
 - Klageverfahren (complaints) 5 34
 - Maßnahmen 5 36
 - Recht auf Kollektivverhandlungen 5 30
 - Sanktionen 5 36
 - Streitbeilegungsverfahren 5 33
 - Untersuchungsausschuss 5 35
 - Besonders geschützte Arbeitnehmer 6 534
 - Behindertenschutz 6 542
 - Belästigungsverbot 6 536
 - Benachteiligung wegen des Geschlechts 6 534
 - Jugendschutz 6 538ff.
 - Mutterschutz 6 541
 - Betriebsratsmitglied
 - Teilzeitbeschäftigung, Entgelt 13 82
 - Beweisverwertungsverbot 6 252; 13 60, 75, 179
 - Binnenmarktprojekt 12 14
 - CETA 7 1, 16, *siehe auch Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada*
 - Regulierungszusammenarbeit 7 17f.
 - vorläufige Anwendbarkeit 7 18
 - soziale Sicherungsmechanismen 7 40ff.
 - Corporate Social Responsibility 3 35

 - Daseinsvorsorge 6 599
 - Direktwirkung von EU-Grundrechten 12 38, 48
 - Diskriminierungsverbote 4 62, 154; 5 136ff.; 6 475ff., 522ff.
 - Abstammung 5 158f.
 - Affirmative Action 4 70f.
 - Akzessorietät 4 61; 6 475
 - angemessene Vorkehrungen 6 530
 - Auffangfunktion des Art. 1 Abs. 2 ESC 6 531
 - Begriff 4 62ff.
 - Begriff des Entgelts 5 140
 - Beweiserleichterung für Diskriminierungskläger 6 567
 - diskriminierende Entlassung 6 535
 - Diskriminierung im Erwerbsleben 5 149ff.
 - Diskriminierungsgründe 5 149ff.
 - Diskriminierungsmerkmale 5 151
 - Entschädigung 6 568
 - Geschlecht 5 156; 6 479f.; 534
 - Entgeltgleichheit von Männern und Frauen 5 138f.
 - genderneutrale Arbeitsplatzbeschreibung 5 147
 - Gleichwertige Arbeit 5 143

Stichwortverzeichnis

- Grundsatz der Gleichheit des Entgelts 5 139, 144
- Gewerkschaftszugehörigkeit 5 111; 6 482
- ILO-Übereinkommen Nr. 100 und Nr. 111 5 136ff.
- ILO-Übereinkommen Nr. 156 5 137
- Mehrfachdiskriminierung 4 68f.
- Menschen mit Behinderung 6 481; 12 54
- Menschenrechtlicher Diskriminierungsschutz 4 62ff.
- Mittelbare Diskriminierung 4 67; 5 145, 152
- politische Einstellung 5 160ff.
- positive Maßnahmen 4 70f.; 5 154f.; 6 568
- Rechtfertigung 4 73
- Übereinkommen zur Nichtdiskriminierung 5 148
- Unterbewertung von Frauenarbeit 5 144
- Selbstständige Diskriminierungsverbote 4 62ff.
- sexuelle Orientierung 6 481
- Subjektives Diskriminierungselement 4 72
- Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen 5 148
- ungerechtfertigte Gleichbehandlung 6 478
- ungerechtfertigte Ungleichbehandlung 6 478
- unmittelbare Diskriminierung 4 67
- Drittwirkung 12 38, 48
- Dualismus 14 3
 - radikaler Dualismus 14 8
 - gemäßigter Dualismus 14 8
 - Kanada 14 9
- Durchsetzung in völkerrechtlichen Gremien 15 19ff.
- ECSR, *siehe Kontrollverfahren*
- EGMR 6 18ff.; 10 1 ff.
 - Berücksichtigungspflicht 10 33
 - Beschwerdepraxis 10 34ff.
 - Dreier-Ausschuss 6 24f., 159, 161 ff.
 - Einstweilige Anordnung 6 154
 - Einzelrichter 6 24, 159f.
 - Große Kammer 6 24, 168ff.
 - Individualbeschwerde 6 133ff.
 - Kammer 6 23f., 164ff.
 - Margin of appreciation 10 7, 28
 - Ministerkomitee 6 27
 - Orientierungswirkung 10 33
 - Plenum 6 21
 - Präsident 6 21
 - priority cases 6 154f.
 - Rechtsdurchsetzung 6 130ff.
 - Sachverhaltsfeststellung 6 74ff.
 - Sektion 6 21
 - Sektionspräsident 6 22
 - Verfahren 6 130ff.
 - Eigentum 6 484ff.
 - Einheitliche Europäische Akte 12 14
 - EMRK 2 19; 6 7ff.; 10 1 ff.
 - Abwehrrechte 6 80ff.
 - Anwendungsbereich (persönlich) 6 29ff.
 - Anwendungsbereich (räumlich) 6 43f.
 - Anwendungsbereich (zeitlich) 6 45
 - Auslegung, *siehe Auslegung*
 - Ausnahmevervorschriften 6 60
 - Beeinträchtigung 6 83
 - Beurteilungsspielraum 6 61ff., 96, 277f.
 - Derogation von Konventionsrechten 6 128f.
 - EGMR 6 18ff.
 - Eingriff, *siehe Beeinträchtigung*
 - EMRK-Grundrechte im Unionsrecht 12 24, 23
 - Entwicklung 6 10ff.
 - faire Verfahren, *siehe Recht auf faires Verfahren*
 - Gemeinsame europäische Standards 6 67ff.
 - Gewährleistungen und Kontrollmaßstab 6 61ff.
 - Gewährleistungspflichten (positive obligations) 6 116ff.
 - Günstigkeitsprinzip 10 33
 - Individualbeschwerde, *siehe Individualbeschwerde*
 - Kontrolldichte 6 62ff., 92ff.
 - „living instrument“ 6 50, 56, 416; 10 1, 5ff.
 - Ministerkomitee 6 27
 - Rechtfertigung 6 84ff.
 - Reformdiskussion 6 14f.
 - Rezeption, nationale Gerichte 13 54ff.
 - Schutzbereich 6 81
 - sozialrechtliche Fortentwicklung 10 21, 22ff., 27ff.
 - Verhältnismäßigkeit 6 92ff.
 - Entgelt 6 557ff.; 13 51f., 85
 - angemessenes 6 58; 13 52
 - gerechtes 13 51
 - Gleichheit 6 557ff.
 - Ortszuschlag, nichteheliche Lebensgemeinschaft 13 85
 - Ortszuschlag, verpartnerte Arbeitnehmer 13 85
 - Überstunden 6 563
 - Entgeltgerechtigkeit, *siehe Entgelt*

Stichwortverzeichnis

- Erklärung von Philadelphia 2 16
ESC, *siehe Europäische Sozialcharta*
EU-Arbeitszeitrichtlinie 12 31
EU-Entsenderichtlinie 12 40
EU-Grundfreiheiten 12 40, 59
EU-Primärrecht 12 10, 49
Europarat 2 19; 6 1ff.
– Aufbau 6 4
– Gründungsmitglieder 6 2
– Institutionen 6 1ff.
– Konventionen 6 3, 6
– Ministerkomitee 6 4
– Parlamentarische Versammlung 6 4f.
– Tätigkeit 6 3
Europäische Betriebsräte 3 34; 12 30
Europäische Grundrechtecharta 6 52, 418; 12 1, 21
Europäische Menschenrechtskonvention, *siehe EMRK*
Europäische Sozialcharta 2 19; 6 418, 497ff.; 10 1ff., 23 13 43ff.
– Anwendbarkeit, unmittelbare 13 43
– Arbeitskampfrecht, Rechtsprechung 13 43ff.
– Art. 1 Abs. 1 6 525
– Art. 1 Abs. 2 6 527
– Art. 1 Abs. 2 6 528
– Art. 1 Abs. 2 6 529
– Art. 1 Abs. 2 6 529
– Art. 2 6 544
– Art. 2 Abs. 1 6 545
– Art. 2 Abs. 2 6 548
– Art. 2 Abs. 3 6 549
– Art. 2 Abs. 4 6 550
– Art. 2 Abs. 5 6 552
– Art. 2 Abs. 6 6 554
– Art. 2 Abs. 7 6 555
– Art. 3 6 556
– Art. 4 Abs. 1 6 558
– Art. 4 Abs. 2 6 563
– Art. 4 Abs. 3 und Art. 20 6 566
– Art. 4 Abs. 4 6 570
– Art. 4 Abs. 5 6 565
– Art. 4, Art. 20 6 557ff.
– Art. 5 6 579
– Art. 6 6 587
– Art. 6 Abs. 1 6 588
– Art. 6 Abs. 2 6 589
– Art. 6 Abs. 3 6 593
– Art. 6 Abs. 4 6 594
– Art. 7 6 538ff.
– Art. 7 Abs. 5 6 561
– Art. 8 6 541
– Art. 15 6 542
– Art. 20 6 534
– Art. 21 6 604
– Art. 22 6 607
– Art. 24 6 572
– Art. 25 6 576
– Art. 26 6 536
– Art. 27 6 543
– Art. 29 6 608
– Entgelt, angemessenes 13 52
– Entgelt, gerechtes 13 51
– Institutionen 6 497ff.
– Koalitionsgrundrecht 10 1ff.; 13 49
– Rezeption, nationale Gerichte 13 43ff.
– Streikrecht 10 1ff., 6, 8
– Urlaubsanspruch 13 53
European Committee of Social Rights, *siehe Kontrollverfahren (ESC)*
EU-Sekundärrecht 12 10, 49
EU-Verfassungsvertrag 12 18
EWG-Vertrag 12 12

Feiertage 6 548
Freihandelsabkommen 7 2ff., *siehe auch Welthandelsrecht*
– Bereichsausnahme 7 42, 46, 49
– General Agreement on Trade in Services (GATS) 7 5
– General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 7 5
– multilaterale Freihandelsabkommen 7 4f.
– plurilaterale Handelsübereinkommen 7 4
– WHO 7 4
Freiwillige Selbstverpflichtungen 9 2ff.
– branchenspezifische Standards 9 4
– Corporate Social Responsibility 9 3
– Leitlinien internationaler Organisationen 9 5
– Soft law 9 2ff.
Freizügigkeit 6 493

GATT 2 23; 7 5
GATS 7 5
Gebhard-Formel 12 42
Gedanken- und Gewissensfreiheit 6 297ff.
Geltung von Arbeitsvölkerrecht 14 1ff.
Gemeinschaftscharta 12 29
Gerichte und Arbeitsvölkerrecht 15 1ff.
Gerichtssprache 15 7
Gewerkschaften, *siehe Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen*
Gewohnheitsrecht, *siehe Völkergewohnheitsrecht*

Stichwortverzeichnis

- Global Compact 9 5, 7
Globale Lieferketten 9 21 ff.
Globale Rahmenabkommen, *siehe Internationale Rahmenabkommen*
Globalisierung 7 1; 9 1
Governmental Committee (GC) und das Ministerkomitee (MK) 6 512 ff.
– Regierungsausschuss (GC) 6 512
Grundgesetz
– Völkerrechtsfreundlichkeit 3 16; 13 38
G7 9 18 ff.
– Abschlusserklärung 9 21
– Allgemeines 9 19
– Wichtigste Industrienationen 9 19
G20 9 18 ff.
– Abschlusserklärung 9 22
– Allgemeines 9 19
– Führende Industrie- und Schwellenländer 9 20
Havanna-Charta 2 22 f.
– faire Arbeitsstandards 2 22
Horizontale Direktwirkung 12 38, 48
Horizontalwirkung 12 38, 48

IFA (International Framework Agreements) 3 33
ILO 2 6 ff.; 4 1, 6; 5 1 ff.
– Austritt des Deutschen Reiches 2 15
– dreigliedriger Aufbau (tripartistische Verfasstheit) 5 7
– Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit 5 5
– Erklärung von Philadelphia 2 16
– Generaldirektor 5 9
– Gründe für Entstehung 2 13
– Gründung 5 2
– institutionelles 5 1 ff.
– Internationales Arbeitsamt (IAA) 5 10
– Internationale Arbeitskonferenz (IAK) 5 8
– Rechtssetzungsverfahren 5 11 ff.
– Soziale Gerechtigkeit 5 2
– Sozialer Mindeststandard 5 1
– Struktur 5 7 ff.
– Versailler Vertrag 2 6 ff.
– Verwaltungsrat 5 9
– während des Zweiten Weltkriegs 2 15 f.
ILO-Empfehlungen 3 36
ILO-Übereinkommen 5 52 ff.; 6 52; 10 1 ff., 24 ff.
– funktionsbezogenes Streikverbot 10 18
– Koalitionsfreiheit 10 1 ff.
– Konventionen 5 52 ff.
– Schutzpflicht 5 52
– grundlegende Übereinkommen (fundamental) 5 53
– Übereinkommen der Steuerung (governance-priority) 5 53
– Unionsrecht 12 28 ff.
ILO-Übereinkommen Nr. 26 3 13
ILO-Übereinkommen Nr. 29 6 181, 527
ILO-Übereinkommen Nr. 98 (Recht auf Kollektivverhandlungen Übereinkommen) 5 104 ff.
– Autonomie 5 115
– BeamtInnen 5 109
– Beschäftigte im öffentlichen Dienst 5 108
– Beschwerdeverfahren 5 116
– betriebliche ArbeitnehmervertreterInnen 5 107
– Eingriffe in Arbeitnehmerorganisationen 5 112
– Gewerkschaft 5 119 ff.
– Maßnahmen zur Förderung von Tarifverhandlungen 5 106
– Recht auf Kollektivverhandlungen 5 104 ff.
– Schlichtungs- und Schiedsverfahren 5 114
– Schutz vor Diskriminierung 5 111
– Sozialpartner 5 107
– Tarifeinheit und Tarifpluralität 5 118
– Tariffähigkeit 5 117
– Übereinkommen Nr. 98 5 105
– Übereinkommen Nr. 151 5 110
– unzulässige Einmischung 5 113
– Verfassung 5 104
ILO-Übereinkommen Nr. 87 6 418, 446; 13 83
ILO-Übereinkommen Nr. 94 6 420
ILO-Übereinkommen Nr. 98 6 463
ILO-Übereinkommen Nr. 100 13 76
– Entgeltgleichheit 13 76
ILO-Übereinkommen Nr. 111 13 77
– „Radikalenerlaß“ 13 77
– Verfassungstreue 13 77
ILO-Übereinkommen Nr. 132 3 13; 5 172 ff.; 13 79
– Gesundheitsschutz 5 178
– Jahresurlaub 5 172
– Krankheitsstage 5 174
– Mindesturlaub 5 173
– Schutz der Beschäftigten (Gesundheitsschutz) 5 178
– Teilung und Lage des Urlaubs 5 175
– Übertragbarkeit 5 177
– Unabdingbarkeit 5 176

Stichwortverzeichnis

- Urlaubsanspruch, Verfall 13 79
- Wartezeit 5 173
- ILO-Übereinkommen Nr. 135 13 81 f.
- Vertrauensleute, gewerkschaftliche, Wahl 13 81
- Zutrittsrecht, Gewerkschaftsvertreter 13 81
- Betriebsratsmitglied, teilzeitbeschäftigt, Entgelt 13 82
- Individualbeschwerde 6 133 ff.; 15 20 ff.
- Beschwerdebefugnis 6 134 ff.
- Beschwerdegegner 6 136
- Beteiligte 6 134 ff.
- Entscheidungsinhalt 6 148 ff.
- Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs 6 141 ff.; 15 27
- formale Voraussetzungen 6 139 f.
- Frist 6 145
- Rechtsschutzbedürfnis 6 146 f.; 15 26
- Verfahrensdauer 15 29
- Wiedergutmachung 6 149 ff.; 15 20
- Informationsfreiheit 6 401
- Innerstaatliche Verbindlichkeit 4 4 ff.
- International Bill of Human Rights 4 25, 94, 163
- Internationale Arbeitskonferenz in Washington 2 11
- Internationale Arbeitsorganisation 5 1 ff.
- Internationale Rahmenabkommen 8 1 ff.
- Anwendbare Rechtsordnung 8 19 ff.
- Anwendungsbereich 8 4, 11
- Bangladesh Accord 8 17, 25
- Charakteristika 8 1 f.
- Entwicklung 8 5 f.
- Erfasste Themenbereiche 8 7
- Europäische Arbeitsbeziehungen 8 3
- Europäische Betriebsräte 8 12, 14
- Gerichtsstandsvereinbarungen 8 24
- Gewerkschaftliche Rechte 8 9
- Implementierung 8 15 ff.
- International Framework Agreements 8 1 ff.
- Klageort 8 23 f.
- Mandat 8 27
- Monitoring 8 16 ff.
- Rechtlicher Rahmen 8 18 ff., 27 f.
- Regelungen zu Arbeitszeit und Entlohnung 8 10
- Streitbeilegungsmechanismus 8 17, 25
- Subjektive Rechte 8 25
- Tarifvertragsstatut 8 19 ff.
- Tarifverträge internationale Transportarbeiterföderation 8 8
- Transnationale Kollektivvereinbarungen 8 3 f.
- Überwachung 8 16 ff.
- Umsetzung 8 15 ff.
- Unterschied zu CSR 8 2
- Verhandlungsmandat 8 13
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbPR) 4 32 ff.; 6 52, 418; 12 36; 13 85
- Angehörige der Streitkräfte 4 34
- Ausschuss für Menschenrechte 4 35
- Diskriminierungsverbot 4 39
- Einheitsgewerkschaft 4 34
- Freie Meinungsäußerung 4 38
- Freiheitsrechte 4 32
- Geltung für Deutschland 4 31
- Kirchliches Arbeitsrecht 4 37
- Koalitionsfreiheit 4 33
- Kündigung, Einigungsvertrag 13 85
- Öffentliche Ordnung 4 34
- Öffentliche Sicherheit 4 34
- Ortszuschlag, nichteheliche Lebensgemeinschaft 13 85
- Ortszuschlag, verpartnerte Arbeitnehmer 13 85
- Polizei 4 34
- Rechte und Freiheiten anderer 4 34
- Religionsfreiheit 4 37
- Schrankenvorbehalt 4 34
- Streikrecht 4 35
- Streikverbot für Beamte 4 35
- Tarifeinheitsgesetz 4 36
- Schutz des Privatlebens 4 37
- Schutz der Privatsphäre am Arbeitsplatz 4 37
- Whistleblower 4 38
- Whistleblowing 4 38
- Investitionsschutzabkommen 7 7 ff.
- Bereichsausnahme 7 42, 46, 49
- Fair and equitable treatment 7 11, 16
- gemischte Schiedsgerichtsbarkeit 7 12, 16, *siehe auch Investor-Staat-Schiedsverfahren*
- Grundsatz der Meistbegünstigung 7 9
- Inländergleichbehandlung 7 9
- Investor 7 9
- Investor-Staat-Schiedsverfahren 7 12, 16, *siehe auch gemischte Schiedsgerichtsbarkeit*
- materielle Schutzstandards 7 9
- multilaterales Investitionsschutzabkommen 7 8
- Right to regulate 7 19, 38, 41
- Schutz vor Enteignung 7 10

Stichwortverzeichnis

- Verhinderung von Sozialabbau 7 44
- Vertrauensschutz 7 11
- Jugendschutz 6 538 ff.
- Das Recht jugendlicher Arbeitnehmer und Auszubildender auf ein angemessenes Arbeitsentgelt 6 561
- Schutz jugendlicher Arbeitnehmer 6 538 ff.
- Verbot jugendgefährdender Arbeiten 6 540
- Kernarbeitsnormen der ILO
- Teil von Sozialklauseln in Handelsverträgen 2 28 f.
- Verstoß gegen ~ als Verstoß gegen ordre public 3 28
- als Völkergewohnheitsrecht? 3 26
- Kinderarbeit 2 1, 3; 4 153
- Koalitionsfreiheit, *siehe Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen*
- Kollektivbeschwerdeverfahren 6 517 ff.
- Begründetheitsprüfung 6 519
- öffentliche Anhörung im mündlichen Verfahren 6 519
- Zulässigkeitsverfahren 6 518
- Kollektivverhandlungen, *siehe Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen*
- Kontrollverfahren 4 12 ff.; 6 507 ff.
- Aktuelle Entwicklungen 4 22
- Auslegungsziel 6 510
- autonome Auslegung der Bestimmungen der ESC 6 509; 13 43
- Der Europäische Ausschuss für soziale Rechte (European Committee of Social Rights – ECSR) 6 507
- Die Auslegung durch den ECSR 6 508
- Einheitliches Kontrollsystem 4 14
- Fakultativprotokoll 4 19
- Individualbeschwerdeverfahren 4 18 ff.
- Mindestschutzstandard 6 511
- Rechtlich verbindliche Wirkung 4 20
- Reformansätze 4 22
- Staatenberichte 6 507
- Staatenberichtsverfahren 4 16
- Staatenbeschwerde 4 17
- systematische Auslegung von ESC-Bestimmungen 6 523
- Kündigung 13 66 ff.
- Einigungsvertrag 13 66, 78, 84
- Eignung, mangelnde persönliche 13 66, 78, 84
- faires Verfahren 6 200 ff.
- Kündigungsfristen 6 570
- Kündigungsschutz 6 569 ff.
- Meinungsfreiheit 6 375 ff.; 13 67 ff.
- Verdachtskündigung 13 71
- Verfassungstreue 13 67, 77
- Wiederverheiratung 13 62
- Kunsthochschule, *siehe Meinungsäußerungsfreiheit*
- Legitimität einer Rezeption der ESC im Völkerrecht 11 9 ff.
- authentische Interpretation 11 10
- Orientierung an den Auslegungsergebnissen des ECSR 11 9
- Vereinbarkeit nationaler Situation und ESC 11 11
- Massenentlassung 6 608
- Unterrichtung und Beratung bei Massenentlassungen 6 608
- Meinungsäußerungsfreiheit 2 16; 6 363 ff.; 13 65 ff.
- Eignung, mangelnde persönliche 13 66
- Eingriff 6 375 f.
- EMRK 6 363 ff.
- Gewerkschaftsvertreter 6 372, 387
- Informationsfreiheit 6 401
- kirchliche Arbeitnehmer 6 373
- Kritik am Arbeitgeber 6 383
- Kunstfreiheit 6 404
- Loyalitätspflichten von Bediensteten des öffentlichen Dienstes 6 391 f., 394
- Presse- und Rundfunkfreiheit 6 402 f.
- Recht auf Meinungsäußerung am Arbeitsplatz 6 371
- Rechtfertigung 6 378 ff.
- Verfassungstreue 13 67
- Wiederverheiratung 13 62
- Whistleblowing 6 393 ff.; 13 69
- Wissenschaftsfreiheit 6 405 ff.
- Zutrittsrecht von Gewerkschaftsvertretern 6 366
- Memorandum of Understanding 2 34
- Menschenrechte in Handelsverträgen 2 31; 7 20, 28 ff.
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen – materiell-rechtlicher Ausgangspunkt der Menschenrechtsklauseln 7 30
- Durchsetzungsmechanismen 7 32 ff.
- EMRK – materiell-rechtlicher Ausgangspunkt der Menschenrechtsklauseln 7 30
- EUV – Außenhandelsbeziehungen der EU 7 30

Stichwortverzeichnis

- Menschenrechtliche Pflichtentrias 4 23
Menschenrechtsabkommen 4 6ff.
Ministerkomitee (MK), siehe *Governmental Committee (GC) und das Ministerkomitee*
Ministerkomitee, siehe *Europarat*
Monismus 14 2
– Primat des Völkerrechts 14 4
– Primat des nationalen Rechts 14 4
– Niederlande 14 6
– Schweiz 14 7
Multinationale Unternehmen, Kollektivverträge 3 33
Mustertarifverträge der ITF 3 32
Mutterschutz 6 541
– Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub 6 541

Nachtarbeit
– Frauen 2 5, 14
Nationale Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen 6 517
Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte 4 166 ff.
– Freiwilliger Ansatz 4 168
– Gesetzliche Maßnahmen 4 168
– Grundsatzerklärung 4 169
– Interministerieller Ausschuss 4 170
– Konsultationsprozess 4 166
– Nationales CSR-Forum 4 170
– Unternehmerische Sorgfaltspflicht 4 167
– Weitergehende Schritte 4 168
Non-self-executing 14 2
Normenverifikationsverfahren 15 18

OECD 9 1 ff.
– Arbeitnehmerschutz 2 20
– arbeitsrechtsrelevante Bestimmungen 9 8
– Beschwerdeverfahren vor den Nationalen Kontaktstellen (NKS) 9 9 ff., 16
– Investitionsschutz 9 13
– OECD 9 1
– Reformüberlegungen 9 12 ff.
– Rights Linkage 9 13
– Soft law 9 1, 6 f., 13
– Vergaberecht 9 13 f.
Oktober-Revolution in Russland 2 13
Optimierungsgebot 12 25
Ordre public, sozialpolitischer 3 28

Palermo-Protokoll zur Bekämpfung des Menschenhandels 6 185
Pariser Kommune 2 4
Nationale Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen 6 517

Parlamentarische Versammlung, siehe *Europarat*
Persönlichkeitsschutz 6 528
Philadelphia, Erklärung von, siehe *Erklärung von Philadelphia*
Pringle-Entscheidung des EuGH 2 38
Presse- und Rundfunkfreiheit, siehe *Meinungsäußerungsfreiheit*
Pflichtenkollision 12 7, 59
Prozessrecht
– Beweisverwertungsverbot 6 252; 13 60, 75, 179
– faires Verfahren 6 190 ff.; 13 70 ff.
– Gerichtsbarkeit, deutsche 13 72, 73
– Restitutionsklage 13 42, 63
– Richter, ehrenamtlicher, Befangenheit 13 74
– Staatenimmunität 13 72
– Verfahren EGMR 6, 130 ff.

Radikale, Ausschluss von öffentlichen Ämtern 3 23
Ratifikation völkerrechtlicher Verträge 3 4; 4 4, 41
Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens 6 226 ff., 285 ff.; 13 60
– Abwehrrechte 6 229
– Achtung der Wohnung 6 292
– Achtung des Briefverkehrs 6 258 ff.
– Datenschutz 6 263 ff.
– EMRK 6 226 ff.
– Gewährleistungspflichten 6 229 ff.
– private Lebensführung 6 269 ff.
– Recht am eigenen Bild und Namen 6 266
– freie Entfaltung der Persönlichkeit 6 273 f.
– Recht auf informationelle Selbstbestimmung 6 263 ff.
– Rechtfertigung von Eingriffen 6 233 f.
– Berufsausübung 6 275 ff.
– Korrespondenz, siehe *Achtung des Briefverkehrs*
– Privatsphäre 6 235, 240 ff.
– Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper 6 236 ff.
– sexuelle Selbstbestimmung 6 282 ff.
– sozialer Geltungsanspruch 6 267 f.
– Überwachungsmaßnahmen 6 243 ff., 484
Recht auf Arbeit, Art. 1 Abs. 1 ESC 6 525
– Kontrollinstrumente 6 526
Recht auf Bildung und Ausbildung 6 539
Recht auf Eheschließung 6 293 ff.
– Scheidung 6 295
– gleichgeschlechtliche Ehe 6 296

Stichwortverzeichnis

- Recht auf ein faires Verfahren 6 190ff.;
13 70ff.
- Angemessene Verfahrensdauer 6 221f.
 - Garantien für das zivilrechtliche Verfahren 6 191
 - Grundsatz des fairen Verfahrens 6 211ff.
 - Instanzenzug 6 205
 - Öffentlichkeitsgrundsatz 6 220
 - unentgeltliche Verfahrensführung (Recht auf) 6 201
 - wirksame Beschwerde 6 224
 - Zugang zum Gericht 6 197ff.
 - Rechtliches Gehör 6 217ff.
 - Schutzbereich 6 196
 - Unabhängigkeit 6 207ff.
 - Unparteilichkeit 6 207ff.
 - Unschuldsumutung 6 223
 - Waffengleichheit 6 215
- Recht auf körperliche Unversehrtheit 6 175
- Recht auf Leben 6 175ff.
- Arbeitsschutzrecht 6 175, 178, 237, 315
 - Folterverbot 6 179
 - Mobbing 6 179
 - Schutzpflicht 6 177
 - Verbot erniedrigender Behandlung 6 179f.
- Rechtserkenntnisquelle 12 22, 62
- Rechtshängigkeit, anderweitige 6 146; 15 26
- Rechtsppluralismus 14 10
- Rechtsquellen des Völkerrechts 3 1; 12 22, 63
- Rechtsvergleichender Blick auf das Arbeitsvölkerrecht 14 1ff
- Religions- und Weltanschauungsfreiheit 6 300ff.; 13 61
- Autonomie Religionsgemeinschaften 6 470ff.; 13 56, 61
 - Bekleidungs Vorschriften 6 310, 315, 323ff., 332ff.; 13 64
 - Eingriff 6 312ff.
 - EMRK 6 300ff.
 - individuelle Religionsfreiheit 6 303ff.
 - kollektive Religionsfreiheit 6 339ff.
 - Kopftuchverbot, *siehe Bekleidungs Vorschriften*
 - Kündigung 6 312ff.
 - Loyalitätsverpflichtungen kirchlicher Arbeitnehmer 6 344ff.
 - negative Religionsfreiheit 6 303, 322, 326
 - Neutralitätsgebot, staatliches 6 307, 319, 322, 330; 13 64
 - Rechtfertigung eines Eingriffs 6 317
 - Religionsausübung 6 308
 - Staatsdienst 6 313
 - Systematik 6 302
- Repressalie 3 9
- Retorsion 3 9
- Ruhezeit von 24 Stunden 2 10
- Russland, Arbeitsgesetzgebung 2 1
- Rezeption 11 5 ff; 13 37ff.; 14 1
- EuGH 13 40
 - Gerichte, nationale 13 37ff.
 - Rezeptionssperren 13 37f., 63
- Rezeptionssystem 14 1
- Wechselbezüglichkeit von ECS und EMRK 11 6
- Sanktionen im Völkerrecht 3 8ff.
- Verhältnismäßigkeit 3 10
- Schutz der Familie/familienpflichtiger Arbeitnehmer 6 543ff.
- Schutz von Arbeitnehmern mit Familienpflichten, Art. 27 6 543
 - Familienpflichten 6 543
- Schutz vor Insolvenz des Arbeitgebers 6 576f.
- Schutz der Entgeltansprüche bei Arbeitgeberinsolvenz 6 576f.
 - Schutz der Entgeltforderungen bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers 6 576
- Schweiz und Arbeitsschutzkonferenz 2 4
- Seearbeitsübereinkommen (Marine Labour Convention) 5 218 ff, 225, ff.
- Ausflagung 5 218
 - Aufbau 5 222
 - Dreigliedriger Sonderausschuss 5 225
 - Hafensteininspektion 5 224
 - internationales maritimes Recht (vierte Säule) 5 220
 - Ratifikationsquote 5 220
 - Mindestarbeitsbedingungen Seeleute 5 221
 - Kontrollmechanismus 5 223, 224
 - Mehrebenenkontrollmechanismus 5 223
 - Richtlinie 2009/13/EG 5 226
 - SeeArbG 5 227
 - Seeschiffahrt (Probleme) 5 219
 - Überwachung 5 223, 224
 - Umsetzung in Deutschland 5 227
- Seeschiffahrt, Mustertarifverträge 2 32
- Self-executing 3 12; 14 2
- Soft law 3 35f.
- Sozialklauseln in Handelsverträgen 2 21ff.; 7 20ff.
- CETA 7 40
 - Durchsetzungsmechanismen 7 26f., 34
 - Einhaltung des eigenen Arbeitsrechts 2 29
 - in Handelsverträgen der EU 2 27f.

Stichwortverzeichnis

- in Handelsverträgen der USA 2 29
- Instrument der Legitimationsbeschaffung 2 28
- Kernarbeitsnormen der ILO 2 28; 7 22, 40
- Sanktionen 2 30
- völkerrechtliche Verträge mit der EU 7 22
- völkerrechtliche Verträge mit den USA 7 23
- Sozialabbau durch Völkerrecht, Umsetzung 3 10
- Soziale Gerechtigkeit 12 14
- Sozialer Dialog 12 16
- Sozialpolitische Dimension der EU 12 13
- Staatenberichtsverfahren 6 513 ff.
 - reguläre Berichtsverfahren 6 514
 - schriftliche Berichte 6 513
 - vereinfachtes Berichtsverfahren 6 515
 - Veröffentlichung der festgestellten Missstände 6 516
- Staatenbeschwerde 6 153
- Subsidiaritätsgrundsatz vor dem EGMR 6 8
- Symbolisches Recht 3 23
- Streikrecht, *siehe Arbeitskampfrecht*

- Tarifverträge, *siehe Vereinigungsfreiheit und Recht auf Tarifverhandlungen*
- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) 7 1, 37 ff.
 - nachhaltige Entwicklung 7 37
 - Arbeitsaspekte 7 37
 - soziale Sicherungsmechanismen 7 37 ff.
- Transformation in innerstaatliches Recht 3 11 f.; 14 3
- Transnationales Arbeitsrecht 3 31 f.
 - Kollektivverträge als Teil des ~ 3 31
- Troika 2 34

- Übereinkommen der ILO
 - Rezeption, nationale Gerichte 13 76 ff.
- Überwachung, *siehe auch Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens*
 - Rechtmäßigkeit 13 60
 - Beweisverwertungsverbot 13 60, 179
- UN, *siehe Vereinte Nationen*
- UN-Behindertenrechtskonvention 4 103 ff; 12 8.; 13 87
 - AGG 4 111
 - angemessene Vorkehrungen am Arbeitsplatz 4 109
 - Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte 4 109
 - Auslegungshilfe 4 111
 - Berufliche Qualifizierung 4 119
 - BetrVG 4 111
 - Bewerbungssituation 4 114
 - Chancengleichheit 4 108
 - Diskriminierung 4 106
 - Erhalt und Beibehaltung eines Arbeitsplatzes 4 109
 - EuGH 4 110
 - Europäische Union 4 103
 - Genetische Untersuchungen im Arbeitsverhältnis 4 120
 - Gerechte und günstige Arbeitsbedingungen 4 109
 - Gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit 4 109
 - Konzernschwerbehindertenvertretung, Bildung 13 89
 - Kündigung wegen fehlender Einsatzmöglichkeiten 4 112
 - Menschen mit Behinderungen 4 105
 - Mindestlohn 4 118
 - Präventionsverfahren 4 117
 - Recht auf Arbeit 4 109
 - Richtlinie 2000/78/EG 4 110
 - Rezeption 13 87
 - Schwerbehindertenvertretung 4 115
 - SGB IX 4 117
 - Sonderrechte 4 104
 - Sozialplan 4 116
 - Teilhabe 4 108
 - Tendenzträgerereignis, Beurteilung 4 111; 13 88
 - Unterbliebene Einstellung 4 113
 - Unterlassen angemessener Vorkehrungen 4 117
 - Übereinstimmung mit UN-BRK 4 110
 - Verbot von Diskriminierungen 4 109
 - Vermutungswirkung 4 114
 - Versagung angemessener Vorkehrungen 4 107
 - Wahlrecht Beschäftigtenvertretungen 4 109
 - Werkstätten für behinderte Menschen 4 118
 - Wissenschaftszeitvertragsgesetz 4 119
 - Zugänglichkeit 4 108
- UN-Fachausschüsse 4 9 ff.
 - Allgemeine Bemerkungen 4 11, 45
- UN-Frauenrechtskonvention 4 80 ff.; 13 87
 - Asymmetrisches Diskriminierungsverbot 4 81
 - Auswahlkriterien 4 85
 - Beruflicher Aufstieg 4 85
 - betriebsbedingte Kündigung 4 89

Stichwortverzeichnis

- Diskriminierung 4 82, 86
- Diskriminierung durch Private 4 83
- Doppelverdiener 4 89
- Eheschließung 4 86
- Einstellung 4 85
- Elterngeld 4 88
- Elternzeit 4 88
- Entlassung 4 86
- Familienstand 4 86, 89
- Fortpflanzungsfähigkeit 4 85
- Geltung für Deutschland 4 80
- Geltungsbereich, persönlicher 13 87
- Gesundheit 4 85
- gleiches Entgelt 4 85
- Kündigungsschutz 4 86
- Kündigungsschutzrecht 4 89
- Materielle Gleichheit 4 81
- Mutterschaft 4 86
- Mutterschaftsurlaub 4 86
- Rechtfertigung 4 84
- Schwangerschaft 4 86f.
- Sicherheit am Arbeitsplatz 4 85
- Sozialauswahl 4 89
- Unterhaltspflichten 4 89
- Urlaub 4 85
- Weiterbildung 4 85
- UN-Kinderrechtskonvention 4 90ff.
 - Arbeitsbedingungen 4 93
 - Arbeitszeit 4 93
 - Geltung für Deutschland 4 90
 - Kinderarbeit 4 93
 - Kinder und Jugendliche 4 91
 - Mindestalter 4 93f.
 - Sanktionen 4 93
 - Sonderrechte 4 94
 - Wirtschaftliche Ausbeutung 4 93
 - Wirtschaftliche, soziale, kulturelle Rechte 4 92
- UN-Konvention gegen Korruption 4 121 ff.
 - Denkschrift Bundesregierung 4 133
 - Europäische Union 4 121
 - Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 4 132
 - Interne Revision 4 125
 - Koalitionsvertrag 18. Legislaturperiode 4 133
 - Korruption 4 122
 - Personen, die an der Begehung von Straftaten beteiligt sind oder waren 4 127
 - Praktische Relevanz 4 131
 - Privater Sektor 4 125
 - Schutz von Personen, die Angaben machen 4 126
 - Verbindlichkeit 4 131
 - Verhaltenskodizes für Amtsträger 4 124
 - Whistleblower-Schutz 4 130
 - Whistleblowing 4 128ff.
 - Whistleblowing durch Amtsträger 4 129
 - Whistleblower-Entscheidung 4 132
- UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 4 158ff.; 9 1, 5, 7
 - Leitprinzip 12 4 163
 - Lücke im Menschenrechtsschutz 4 159
 - Transnationale unternehmerische Aktivitäten 4 164
 - UN-Menschenrechtsrat 4 158
 - Verbindliche Wirkung 4 161
 - Wertschöpfungs- und Lieferketten 4 158
 - Zwischenstaatliche Arbeitsgruppe 4 162
- Unmittelbare Anwendbarkeit von Völkerrecht im Unionsrecht 12 8
- Unmittelbare Anwendbarkeit von Völkerrecht 14 2ff
- UNO 4 1
- UN-Rassendiskriminierungskonvention 4 74ff.
 - AGG 4 79
 - Antidiskriminierungsrecht 4 79
 - Ethnische Herkunft 4 79
 - Geltung für Deutschland 4 74
 - Gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen 4 78
 - Gewerkschaften 4 78
 - Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit 4 78
 - Nationales Recht 4 79
 - Private 4 76
 - Rasse 4 79
 - Rassendiskriminierung 4 75ff.
 - Recht auf Arbeit 4 78
 - Staatsangehörigkeit 4 77
 - Zugang zum öffentlichen Dienst 4 78
- UN-Sozialpakt 4 40ff.
 - Acht-Stunden-Tag 4 51
 - Allgemeine Bemerkung Nr.23 4 45ff.
 - Angemessener Lebensunterhalt 4 44, 47
 - Angemessener Lohn 4 44
 - Arbeitshygiene 4 61
 - Arbeitspausen 4 44, 51
 - Arbeitszeitgesetz 4 51
 - Aufsichtsräte 4 50
 - Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte 4 41, 43
 - AÜG 4 57
 - Beamtenstreik 4 59
 - Beruflicher Aufstieg 4 44, 50
 - Berufskrankheiten 4 61

Stichwortverzeichnis

- Betätigungsfreiheit 4 52
- Dachorganisationen 4 52
- Digitalisierung 4 51
- Entgelttransparenzgesetz 4 49
- Flexible Arbeitszeitmodelle 4 51
- Gerechte und günstige Arbeitsbedingungen 4 44
- Geschlechterquote 4 50
- Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst 4 50
- Günstigkeitsprinzip 4 60
- Kinder- und Jugendarbeitsschutz 4 61
- Kollektivverträge 4 52
- Kündigungsschutz 4 43
- Lebenshaltungskosten 4 47
- Leiharbeiternehmer 4 57
- Mindestlohn 4 47f.
- Nationale Mindestlohndebatte 4 48
- Öffentliche Verwaltung 4 59
- Privatisierungen 4 43
- Politische Streiks 4 56
- Polizei 4 59
- Recht auf Arbeit 4 42
- Ruhezeit 4 51
- Schrankenvorbehalt 4 52
- Schutz von Müttern 4 61
- Sichere und Gesunde Arbeitsbedingungen 4 44
- Sitzstreik 4 56
- Staatenbericht 4 49f., 59
- Streikbrecher 4 57
- Streikrecht 4 55
- Streitkräfte 4 59
- Subjektive Rechte 4 41
- Tarifeinheitsgesetz 4 54
- Teilhabefunktion 4 42
- Teilstreik 4 56
- Unterstützungsstreik 4 56
- Überstunden 4 51
- Verbürgung 4 55
- Vergütung gesetzlicher Feiertag 4 44
- Vollbeschäftigung 4 42
- „wilder“ Streik 4 56
- Zwangsmitgliedschaft 4 53
- UN-Wanderarbeitnehmerkonvention 4 95ff.
 - Arbeitsrecht 4 97
 - Ausschuss zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer 4 101
 - Geltung für Deutschland 4 95
 - Gewerkschaften 4 98f.
 - Grenzgänger 4 100
 - Saisonarbeitnehmer 4 100
 - Wanderarbeitnehmer 4 96
- United Nations Global Compact 4 145ff.
 - 10 Prinzipien des Global Compact 4 147
 - Arbeitsrechtsrelevante Ziele des Global Compact 4 149
 - Auswirkungen auf Arbeitsverhältnisse in Deutschland 4 145
 - Beitritt, Pflichten 4 146
 - Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf 4 154
 - Inhalt 4 150ff.
 - Kinderarbeit 4 153
 - Kontrollbericht 4 155f.
 - Verstärkung internationaler völkerrechtlicher Prinzipien 4 148
 - Zwangsarbeit 4 152
- Urlaub 5 172ff.; 6 549; 13 53, 79, *siehe auch ILO-Übereinkommen Nr. 132*
 - Bezahlter Mindestjahresurlaub 6 549
 - Urlaubsanspruch, Verfall 13 79
 - zusätzlicher Anspruch (ESC) 13 53
- Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit 4 134ff.
 - Arbeitsvertrag 4 139ff.
 - Bundesarbeitsgericht 4 144
 - Durchbrechung der Immunität 4 137
 - Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 4 143
 - Praktische Bedeutung 4 142
 - Rechtsstaatlichkeit 4 135
 - Rechtssicherheit 4 135
 - Verabschiedung 4 134
 - Verhältnis zu völkerrechtlichen Übereinkünften 4 138
 - Völkergewohnheitsrecht 4 143
- Verbot der Kinderarbeit 2 1, 3; 5 163ff.
 - Abschaffung der Kinderarbeit 5 163
 - Förderungsgebot 5 154
 - KinderarbeiterInnen 5 164
 - Maßnahmen zur Rehabilitation 5 170
 - Menschenrechtsverbürgungen 5 163
 - Mindestalter 5 165ff.
 - Rechtfertigung 5 153
 - Spezialabteilung der ILO (Kinderarbeit) 5 171
 - Übereinkommen Nr. 138 5 165, 167
 - Übereinkommen Nr. 182 5 168
 - Verbot der Kinderarbeit 5 163, 165, 166, 168

Stichwortverzeichnis

- Verbot der Parallelbefassung 15 26, 31
Verbot der Zwangsarbeit 5 122; 6 181 ff., 527
– Abschaffung der Zwangsarbeit 5 122 ff.
– Arbeit von Strafgefangenen 5 134
– Hauspersonal 6 182
– ILO-Übereinkommen zur Zwangsarbeit (Nr. 29) 5 123, 126
– ILO-Übereinkommen zur Zwangsarbeit (Nr. 105) 5 123, 131
– Kennzeichen (Zwangsarbeit) 5 128 ff.
– Kernarbeitsnormen 5 122
– Menschenhandel 5 132
– Notstandspflichten 6 188
– Protokoll zu Zwangsarbeit (2014) 5 132 f.
– Ratifikationsquote 5 124
– Rückzahlungsverpflichtung von Ausbildungskosten 6 184
– Schuldknechtschaft 5 130
– Schutz und Zugang zu Rechtsbehelf 5 133
– Sklaverei 5 169
– Staatliche Schutzpflicht 5 126
– Spruchpraxis des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit 5 115
– Zwangsarbeit 5 122 ff.
– Verbot des Menschenhandels 6 185
Verdachtskündigung 13 71
Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen 3 10, 16; 5 68 ff.; 6 414 ff., 579 ff.; 10 1 ff.; 13 55 ff.
– Abhaltung von Gewerkschaftsversammlungen 6 584
– Allgemeinverbindlicherklärung 6 432 591
– Arbeitskampfrecht 6 446 ff., 468 ff.
– Ausnahmen vom Geltungsbereich der Vereinigungsfreiheit 6 581
– Autonomie der Vereinigungen 5 69; 6 439
– Beamte 5 75, 78; 6 423, 467
– Beschäftigte in Sonderwirtschaftszonen 5 78
– Bildung und Beitritt zu Dachverbänden und internationalen Organisationen 5 73
– closed-shop Vereinbarungen 6 451
– Diskriminierungsverbot 5 80; 6 431
– EMRK 6 414 ff.
– Gemeinsame Beratungen 6 588
– Gewährleistung des Übereinkommens Nr. 87 5 72 ff.
– Gewerkschaften 6 414 f.
– ILO 5 68 ff.
– ILO-Übereinkommen Nr. 87 5 70, 75 f.
– ILO-Übereinkommen Nr. 98 5 71, 74
– individuelle Vereinigungsfreiheit 5 72, 74; 6 430 ff.
– Kernbereichslehre 13 47, 135
– kirchliche Arbeitnehmer 6 422
– Koalitionsfreiheit 6 414
– kollektive Vereinigungsfreiheit 5 72, 74; 6 438 ff., 473 f.; 13 56
– Kollektivverhandlungen, Recht auf ~ 5 71; 6 440 ff., 587 ff.
– Minderheitsgewerkschaften 5 82; 6 584
– negative Koalitionsfreiheit, *siehe negative Vereinigungsfreiheit*
– negative Tarifvertragsfreiheit 6 436
– negative Vereinigungsfreiheit 6 435, 586; 13 55
– öffentlicher Dienst 6 423, 433, 463 ff., 592
– personeller Schutzbereich 6 419 ff., 580
– Polizei und Streitkräfte 6 463, 581 ff.
– positive Vereinigungsfreiheit 6 431, 585
– Rechte konkurrierender Vereinigungen 6 456 ff.
– Rechtfertigung 6 449 ff.
– Sozialkassen 6 436, 485, 487
– Schutzpflicht des Staates 5 70; 6 426
– Spruchpraxis des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit 5 77 ff.
– Streikverbot für Beamte 3 16; 6 423, 467; 13 58
– Tarifeinheit 6 457
– Tariffähigkeit 6 444; 13 49
– Tarifvertragsrecht 6 440 ff.
– Verdrängung von Tarifverträgen 6 432
– Vertrauensleute, gewerkschaftliche, Wahl 13 81
– Zutrittsrecht, Gewerkschaftsvertreter 5 83; 6 366, 584; 13 81
– Zwangsmitgliedschaft 6 439
– Zwangstarifgemeinschaft
Vereinte Nationen 2 18
Versailler Vertrag
– Gründung der ILO 2 6 ff.
– Teil XIII 2 6
– Vorgaben für ILO 2 9
Versammlungsfreiheit 6 408 ff.; 13 55 ff.
– Beamte 6 409, *siehe auch Vereinigungsfreiheit*
– Beschränkungen 6 411
– EMRK 6 408 ff.
– Rechtfertigung 6 412 f.
Vertrag von Amsterdam 12 17
Vertrag von Lissabon 12 18
Vertrag von Maastricht 12 16
Vertragsschlusskompetenzen der EU 12 4
Vision-Zero-Fonds 9 21 f., 24 ff.
– Äthiopien 9 26

Stichwortverzeichnis

- Finanzmittel 9 24
- Myanmar 9 26
- Umsetzung 9 25
- Völkergewohnheitsrecht 3 1, 24; 12 27
 - Beispiele 3 24
 - Feststellung durch BVerfG 3 30; 15 18
 - Gerichte als Quelle? 3 25
 - Stellung im innerstaatlichen Recht 3 29
- Völkerrechtliche Abkommen 3 2 ff.; 4 1
- Völkerrechtliche Sanktionen 3 8 ff.
- Völkerrechtliche Verbindlichkeit der Deklaration über die Kernarbeitsnormen 5 62 ff.
 - Deklarationen und Resolutionen 5 63
 - Entstehungsgeschichte 5 64
 - Sozialstandards bei der öffentlichen Beschaffung 5 66
 - Verbindlichkeitsgrad 5 62
 - Verbot von Sklaven- und Zwangsarbeit sowie ausbeuterischer Kinderarbeit 5 67
 - Völkerrechtliches Gewohnheitsrecht 5 65, 67
 - Völkerrechtsnorm i. S. v. Art. 38 IGH-Statut 5 65
 - zwingende Normen des Völkerrechts 5 67
- Völkerrechtliche Verträge
 - Abschluss 3 3
 - Auslegung 3 5 ff.
 - bilaterale 3 4
 - EMRK 6 7 ff.
 - flächendeckend 3 17
 - Gründe für Nichtberücksichtigung in der Praxis 3 19 ff.
 - Ineffizienz 3 10
 - multilaterale 3 4
 - Nichtberücksichtigung in der Praxis 3 18 ff.
 - praktische Bedeutung 3 18
 - Ratifikation 3 4
 - Ratifikationsurkunde 3 4
 - Schriftlichkeit 3 3
 - Streitschlichtungsverfahren 3 8
 - symbolisches Recht 3 23
 - Transformation in innerstaatliches Recht 3 11 f.
 - Verhältnis zu innerstaatlichen Gesetzen 3 14
 - Verletzung der übernommenen Verpflichtungen 3 8 ff.
 - Wirksamkeit in Deutschland 3 11 ff.
 - Zustimmungsgesetz 3 11
- Völkerrechtsfreundlichkeit 3 15 f.; 12 2; 13 38; 15 3
 - Grundgesetz 3 15 f.; 13 38
 - Unionsrecht 12 2
- Wetarbeiterausschüsse 3 33
- Weltbank, Finanzierung durch die ~ und Sozialstandards 2 39 f.
 - Doing-Business-Index 2 40
- Welthandelsrecht 7 2 ff., *siehe auch Freihandelsabkommen*
 - General Agreement on Trade in Services (GATS) 7 5
 - General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) 7 5
 - multilaterale Freihandelsabkommen 7 4 f.
 - plurilaterale Handelsabkommen 7 4
 - WHO 7 4
- wertende Rechtsvergleichung 12 37
- Whistleblowing 4 38, 128 ff.; 6 393 ff.; 13 69
- Wiener Vertragsrechtskonvention 3 3 ff., 26; 5 16, 41; 6 46 ff.
- Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada 7 1, 16; 12 32, *siehe auch CETA*
 - Regulierungszusammenarbeit 7 17 f.
 - vorläufige Anwendbarkeit 7 18
 - soziale Sicherungsmechanismen 7 40 ff.
- Wissenschaftsfreiheit, *siehe Freiheit der Meinungsäußerung*
- WTO 2 24 ff.
 - Erklärung von Singapur 2 25
 - Sozialklausel 2 24
 - Verhältnis zur ILO 2 26
- Zollvergünstigungen
 - abhängig von Sozialstandards 2 32
 - Entzug 2 32
- Zusatzprotokolle, EMRK 6 12, 53, 484
- Zwangsarbeit, *siehe Verbot der Zwangsarbeit*